

Aufstiegsland Schwarz-Rot-Gold ↗

Beschluss des Deutschlandsrates der Jungen Union Deutschlands vom 22.05.2021 in Eppstein

„Unseren Kindern soll es einmal besser gehen als uns heute.“ Das ist das deutsche Aufstiegsversprechen. In ihm zeigen sich unsere Werte von Einigkeit und Recht und Freiheit. Doch dieses Versprechen steht heute mehr denn je auf dem Prüfstand. Auch neueste Studien zur sozialen Mobilität zeigen, dass zu viele Kinder diesen Aufstieg nicht schaffen. Zu lange haben wir uns auch als Land mit der Sicherung des Status quo zufriedengegeben. Während andere Nationen an uns vorbeiziehen, hat Deutschland notwendige Reformen vermissen lassen. Diese Schwachstellen zeigen sich in der Corona-Pandemie noch einmal deutlicher denn je und führen uns vor Augen, dass unser Aufstiegsversprechen eben nicht mehr selbstverständlich ist.

Wir wollen das deutsche Aufstiegsversprechen erneuern. Schwarz-Rot-Gold werden wir wieder zum Aufstiegsland für alle machen. Dies gelingt nur, wenn wir die Ärmel hochkrepeln, unsere Ideen und Träume auspacken und tatkräftig anpacken. Dafür wollen wir Aufstieg durch beste Bildung, Steuererleichterungen für kleine und mittlere Einkommen, Innovationen für neue Geschäftsmodelle und eine schlanke, schnelle und digitale Verwaltung ermöglichen. Diesen Aufstieg wollen wir in einer lebenswerten Gesellschaft schaffen. Deshalb setzen wir auf Umwelt- und Klimaschutz, starke Impulse für Familien und Kinder, einen generationengerechten Sozialstaat sowie ein klares Bekenntnis zu einem starken und selbstbewussten Deutschland in Europa. Denn nur eine Gesellschaft, die zusammenhält und in der alle mitgenommen werden, kann das Aufstiegsversprechen unserer Generation Realität werden lassen.

Wir können das Aufstiegsversprechen für unsere Generation erneuern – mit Mut, Optimismus, Freiheit, Eigenverantwortung und Gemeinsinn. Unsere 27 Punkte sollen dazu einen Beitrag für das Regierungsprogramm von CDU und CSU für die vor uns liegende Legislaturperiode setzen:

Aufstieg durch neue Bildungschancen

1. Eine Schulcloud für Deutschland

Im 21. Jahrhundert führt für gute Bildung kein Weg an der Digitalisierung vorbei. In unserer vernetzten Welt konkurrieren wir mit Ländern wie den USA und China um die klügsten Köpfe. Wir fordern eine aus dem DigitalPakt Schule finanzierte bundesweite einheitliche, schnittstellenoffene Lernplattform in Verantwortung der Kulturministerkonferenz. Die dafür notwendige gemeinsame Beschaffung der

Hardware und das Aufsetzen der Prozesse sollen mittels einer gemeinsamen Digitalagentur der Länder erfolgen. Darüber hinaus fordern wir eine Weiterbildungspflicht für Lehrkräfte, insbesondere im IT-Bereich, um diese für das digitale Lehren fit zu machen, sowie darüber hinaus qualifiziertes IT-Fachpersonal („Digitalhausmeister“) bei jedem Schulträger, um die tägliche, adäquate IT-Betreuung an den Schulen zu gewährleisten.

2. Boni statt Schulgeld für Ausbildung und Meister

Der Aufstieg durch eine berufliche Ausbildung darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Aktuell müssen Auszubildende insbesondere in Gesundheitsfachberufen mehrere Hundert Euro Schulgeld im Monat bezahlen. Auch in Handwerksberufen sowie im Sozialbereich können weitere Ausbildungskosten entstehen. Langfristig soll die Ausbildung im Gesundheitsbereich in eine duale Berufsausbildung überführt werden. Wir fordern, dass Bund und Länder diese Kosten nach einem bestimmten Schlüssel übernehmen. Darüber hinaus setzen wir uns für einen steuer- und abgabenfreien Gesellenbonus in Höhe von 2.000 Euro und einen Meisterbonus in Höhe von 4.000 Euro ein. Ausgezahlt nach bestandener Abschlussprüfung stärkt der Bonus insbesondere das Handwerk. Den Bonus wollen wir auch für abgeschlossene Ausbildungen in Mangelberufen, vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich, einführen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, bezuschusste Wohn- und Verkehrsticketangebote für Studenten auf Auszubildende zu erweitern.

3. Weiterbildungskultur mit einer Plattform und neuen Abschlüssen

Deutschland braucht eine neue Weiterbildungskultur. Allerdings fehlt es dafür an strukturierten und vergleichbaren Weiterbildungsangeboten. Wir wollen dafür eine E-Learningplattform schaffen, auf der qualifizierte Weiterbildungsangebote nach einem transparenten Einstufungssystem der benötigten Vorkenntnisse und der Zielgruppe für Unternehmen und Arbeitnehmer zusammengeführt werden. Zudem soll der bestehende Qualifikationsrahmen europäisch vereinheitlicht und langfristig weiterentwickelt werden. Wir wollen noch spezifischer Weiterbildung in jedem Berufsfeld ermöglichen und dafür echte Weiterbildungsabschlüsse schaffen.

Aufstieg durch steuerliche Entlastung

4. Mehr Netto vom Brutto: Steuern runter für die Mittelschicht

Finanzieller Freiraum ist ein zentraler Schlüssel zum Aufstieg. Wir fordern eine grundlegende Steuerreform zur Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen und dem Abflachen des „Mittelstandsbauchs“. Der Durchschnittssteuersatz soll dabei für Einkommen bis zum Spitzensteuersatz (derzeit 57.919 Euro) deutlich gesenkt werden. Die kalte Progression soll durch automatisch an die Inflation gekoppelte Verdienstgrenzen beendet werden. Die Schuldenbremse und ein ausgeglichener Haushalt sind zu erhalten. Zusätzlich wollen wir in der OECD eine Digitalsteuer für international tätige Großunternehmen einführen. Ab einem

Jahresumsatz von 750 Millionen US-Dollar sind Steuern auch am Geschäftsort und nicht mehr nur am Firmensitz zu zahlen.

5. 600-Euro-Jobs für Schüler und Studenten

Wir wollen junge Menschen motivieren, sich neben der Schule oder dem Studium etwas dazu zu verdienen. Daher setzen wir uns für die Erhöhung der Einkommensgrenze von geringfügig entlohnten Beschäftigungen von 450 Euro auf 600 Euro pro Monat ein. Dementsprechend sollen der Freibetrag für Kinder aus einkommensschwachen Familien in Ausbildung oder Studium deutlich angehoben und die BAföG-Freigrenzen entsprechend erhöht werden. Außerdem soll im 5-Jahres-Zyklus die Notwendigkeit einer Anpassung der Einkommensgrenze hinsichtlich der allgemeinen Lohnentwicklung überprüft werden.

6. Keine Abgeltungssteuer für Privatanleger

In Zeiten von Niedrigzinsen wird der Aufbau von Vermögen für Gering- und Mittelverdiener immer schwieriger. Wollen wir wieder Aufsteigerland sein, müssen wir gerade Kleinanlegern steuerliche Entlastungen bieten. Im Gegensatz zum Kauf von Immobilien bieten Aktien und Fonds die Möglichkeit, mit kleinen Beträgen Vermögensaufbau und private Altersvorsorge zu betreiben. Wir fordern daher für Kapitalerträge aus Aktienveräußerungen die Befreiung von der Besteuerung, bei einer Haltedauer von mindestens 10 Jahren mit einer Anlagesumme bis zu 100.000 Euro oder bis zu einer Rendite von 10.000 Euro pro Person und Jahr. Gleichzeitig setzen wir uns für die Erhöhung des Sparerpauschbetrags auf 1.200 Euro ein und wollen den Solidaritätszuschlag für Kapitalerträge abschaffen.

7. Abschaffung der Grunderwerbsteuer für das erste Eigenheim

Ob Wohnung oder Haus – wer Eigentum bildet, sorgt vor. Wir wollen den Traum vom Eigenheim als Teil des persönlichen Aufstiegsversprechens ermöglichen. Dazu fordern wir, für Privatpersonen die Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie zu erlassen. Zur Gegenfinanzierung wollen wir die Gesetzeslücke für „Share Deals“ schließen. Außerdem soll das Sparen für den Erwerb von Eigentum einfacher werden. Mit unserem „Eigenkapitalboost“ werden Menschen ohne Wohneigentum jeden Monat bis zu 300 Euro abgabenfrei ansparen können. Gleichzeitig sollen Arbeitgeber den Betrag als steuerfreie Zulage aufstocken. Der Bund wird die jährliche Spareinlage um 10 Prozent bezuschussen.

Aufstieg durch neue Innovationen

8. Online-Gründung in 24 Stunden

Unser Land muss Inkubator für innovative Ideen und die Verwirklichung neuer Träume sein. Deshalb wollen wir den Aufstieg kluger Köpfe und mutiger Gründer in Deutschland fördern. Deutschland muss die Online-Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden ermöglichen. Junge Start-ups sollen in den ersten zwei Jahren für die ersten fünf Mitarbeiter keine Sozialabgaben zahlen, wobei der Staat

für diesen Zeitraum den Arbeitgeberanteil übernimmt. Zudem wollen wir für die Mitarbeiter von Start-ups endlich attraktive Beteiligungskonzepte möglich machen. Um Sprunginnovationen in Deutschland zu schaffen, werden wir die Bundesagentur für Sprunginnovation (SPRIND) mit einem eigenen Gesetz ausstatten, das auch die Minderheitsbeteiligung im vorwettbewerblichen Stadium ermöglicht. Damit diese Unternehmen wettbewerbsfähig sind, muss der Netzausbau massiv vorangetrieben werden.

9. Innovationen durch Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft

Der Aufstieg Deutschlands entsteht durch Innovation und Forschung. Dafür werden wir gezielt Zukunftstechnologien ansiedeln und fördern, führende Wissenschaftler zu uns holen und Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft ausbauen sowie überbürokratische Strukturen abbauen. Wir setzen in Zukunft verstärkt auf zusätzliche Fördertöpfe für Forschung in den Bereichen klimafreundliche Mobilität, Biotechnologie, Blockchain, Quantentechnologie und künstliche Intelligenz. Dazu braucht es vor allem mehr Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, so dass wir an jedem Hochschulstandort ein Technologiezentrum für den Knowhow-Transfer in die Unternehmen etablieren. Drittmittelstarke Wissenschaftler werden wir mit Vergütungen neben den bestehenden Tarif- und Besoldungsstufen anwerben, um die besten Köpfe nach Deutschland zu holen und bei uns zu halten.

10. Deutschland als Apotheke der Welt

Spätestens die Entwicklung des weltweit ersten zugelassenen Corona-Impfstoffs hat uns allen gezeigt, welche Potentiale und Chancen in innovativer Medizinforschung in Deutschland liegen. Wir wollen im Kampf gegen Krebs, Alzheimer und Parkinson eine Vorreiterrolle in der Welt einnehmen. Medizinische Forschung braucht dabei vor allem verlässliche Daten, weshalb wir uns für einen vereinfachten Zugang zu Forschungsdaten auch für private Unternehmen in einem gemeinsamen europäischen Datenraum einsetzen. Gleichzeitig braucht es für eine sichere Gesundheitsversorgung eine europäische Arzneimittelreserve. Deutschland soll wieder die Apotheke der Welt werden.

Für die Sicherstellung der psychischen Gesundheit unserer Bevölkerung fordern wir mehr Therapieplätze – insbesondere für Kinder und Jugendliche sowie einen Ausbau der Schulsozialarbeit. Ein wesentlicher Teil der Gesundheitsversorgung wird im Rahmen einer älter werdenden Gesellschaft auch die Attraktivität der Pflegeberufe.

11. EU-Urheberrechtsreform 2.0

Der digitale Aufstieg für Innovationen aus der Digitalwirtschaft ist nur mit einem europäischen Urheberrecht möglich. Wir müssen Hemmnisse für Gründer und innovative Ideen abbauen, damit Konkurrenz im digitalen Markt auf Augenhöhe möglich ist. Auf europäischer Ebene werden wir uns daher für eine Neufassung der EU-Urheberrechtsreform einsetzen, die insbesondere eine Streichung des Artikels 17 vorsieht. Unser Ziel: Innovationen aus Europa fördern und nicht durch

fehlgeleitete Regulierung blockieren. Wir bekennen uns klar zur Meme-Kultur und Online-Community. Deshalb fordern auch wir auf nationaler Ebene die Anerkennung von E-sports im Vereins- und Verbandsrecht.

Aufstieg durch einen schnellen und digitalen Staat

12. Föderalismusreform digital: Gesetze und Strukturen für das digitale Zeitalter

Deutschland muss schneller, digitaler und vor allem bürgerfreundlicher werden, um das Aufstiegsversprechen zu verwirklichen. Seit der letzten Föderalismusreform vor 12 Jahren hat die Digitalisierung viele Aufgaben und Zuständigkeiten infrage gestellt. Wir wollen mit einer neuen Expertenkommission aus Bund, Ländern und Kommunen die digitalen Prozesse neu ordnen sowie bestehende Gesetzesinitiativen beschleunigen und erweitern. Neben der umfassenden Bereitstellung digitaler Verwaltungsleistungen erfolgt die Volldigitalisierung der deutschen Behörden. Durch den Einsatz von automatisierten Verfahren sowie künstlicher Intelligenz in den Verwaltungen wird die Bearbeitungszeit von Bürgeranliegen deutlich reduziert. Dabei ist die Einführung einer digitalen Plattform für Verwaltungsdienstleistungen ein zentraler Baustein, die Dienste gebündelt anzubieten. Zudem wollen wir im Rahmen der Föderalismusreform den Kommunen in der Verfassung langfristig eine weniger konjunkturanfällige Finanzausstattung sichern.

13. Digitalministerium als Behörden-Start-up

Zu einer zukunftsfähigen Verwaltung gehört es, innovative Ideen zu fördern, neueste Trends zu identifizieren, zu analysieren und auf ihren möglichen Einsatz hin zu prüfen. Daher muss das neue Digitalministerium auf Bundesebene raus aus der üblichen Behördenstruktur. Durch agiles und projektbezogenes Arbeiten wird es das Start-up unter den Behörden. So wollen wir die vielfältigen Herausforderungen der Digitalisierung stärker koordinieren, eine Schnittstellenfunktion herstellen und analog zum Finanzierungsvorbehalt des Finanzministeriums soll für alle Gesetze, die Digitalfragen berühren, ein Digitalvorbehalt des Digitalministeriums gelten.

14. Datenschutz statt Datenblockade

Ein wirkungsvoller Datenschutz mit hohen Maßstäben gehört zu einem Aufstiegsland in der digitalen Welt. Ein solches Datenschutzrecht darf aber nicht zur Datenblockade werden und Innovationen in Deutschland ausbremsen oder Unternehmen in Bürokratie ersticken lassen. Daher wollen wir Regelungen im deutschen Datenschutzrecht, die über die europäische DSGVO hinausgehen, wie beispielsweise der Datenschutzbeauftragte in Kleinunternehmen, auf den Prüfstand stellen. Zudem sollen in Zukunft die Datenschutzbehörden rechtskonforme Alternativen aufzeigen müssen, statt nur Ablehnungen mit Begründungen auszustellen. Dazu werden wir insbesondere Unternehmen mit mehreren Standorten und Kunden in verschiedenen Bundesländern bei der Datenschutzprüfung ein Wahlrecht zwischen Landes- und Bundesdatenschutzbeauftragten ermöglichen.

15. Amtszeitbegrenzung des Bundeskanzlers auf drei Amtsperioden

Der Aufstieg Deutschlands geht auch mit einem stetigen Wettbewerb der besten Ideen und Köpfe an der Spitze der Bundesrepublik einher. Mit einem klaren Signal für eine zeitliche Begrenzung von Macht werden wir die Amtszeit des Bundeskanzlers auf drei Legislaturperioden beschränken. Analog zu Europa-, Landtags- und den meisten Kommunalwahlen soll die Wahlperiode des Deutschen Bundestages auf fünf Jahre verlängert werden.

Aufstieg mit einer lebenswerten Umwelt

16. Ein CO₂-Preis für Europa

Der Ausbau von erneuerbaren Energien, insbesondere von Solar- und Photovoltaikanlagen, muss schneller vorangetrieben werden, ohne dabei den Verbraucher weiter zu belasten. Wir werden die Bürger an nachhaltigen Investitionen beteiligen, statt sie mit der EEG-Umlage weiter zu belasten. Deshalb schaffen wir diese und die Stromsteuer ab. Zudem müssen wir für einen schnelleren Ausbau das Verbandsklagerecht effizienter gestalten und das Planungsrecht für bauliche Anlagen beschleunigen. Bis wir vollständig auf erneuerbare Energien umsteigen können, sollen Übergangstechnologien wie beispielsweise Gaskraftwerke gefördert und später zu Speicherkraftwerken umgebaut werden. So spart man Ressourcen und Kosten und sichert Arbeitsplätze. Wir sind der festen Überzeugung, dass CO₂ auch in den Sektoren Wärme, Verkehr, Landwirtschaft und Seeschifffahrt ein Preisschild über den EU-weiten reformierten und leistungsfähigen Emissionsrechtehandel bekommen muss. Unternehmen können dann selbst entscheiden, wie viele CO₂-Zertifikate sie kaufen und an welchen Stellen sie am leichtesten CO₂ einsparen. Wenn nicht alle EU-Mitgliedstaaten mitmachen wollen, muss Deutschland eine „Vorreiter-Koalition“ initiieren und den Fortschritt einleiten.

17. 1,5 Grad-Ziel mit Innovationen statt Verboten

Der Aufstieg unseres Kontinents wird nur im Einklang mit einer lebenswerten Umwelt erfolgreich sein. Wir bekennen uns daher zum 1,5-Grad-Ziel und wollen in Europa eine klimaneutrale Wirtschaftsunion aufbauen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die Klimaneutralität und die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts gleichermaßen fördert. Wir setzen dabei auf Innovationen statt Verbote. Insbesondere Wasserstoff ist die Zukunft für die Energieversorgung, den industriellen Wandel und künftige Mobilität. Für neue Mobilitätsanreize schaffen wir vor einer perspektivischen Vergünstigung der Ticketpreise den nötigen Infrastrukturausbau zur Attraktivitätssteigerung der Angebote und Erhöhung der Nutzerzahlen mit Verkehrsmitteln des Umweltverbundes (Fahrrad, ÖPNV). Wir unterstützen für Verkehre in Gewerbegebieten unternehmerische Anreize im Rahmen des Transport Development District-Modells.

18. Regionalzertifikat für Lebensmittel

Den Aufstieg mit gesunden Lebensmitteln sehen wir vor allem in der regionalen Wertschöpfung. Dem Bauern, den ich kenne, vertraue ich. Darum setzen wir uns für eine konkrete Herkunftskennzeichnung bei frischen Landwirtschaftsprodukten ein, so dass künftig nicht mehr nur das Herkunftsland, sondern für Produkte aus der Europäischen Union auch die Herkunftsregion auf einen Blick ersichtlich ist. Mittelfristig muss diese Kennzeichnung ebenfalls auf Fleischprodukte erweitert werden. In einem weiteren Schritt werden wir ein neues, unbürokratisches Zertifikat einführen, welches Lebensmittel aus der Region mit einem Umkreis von 100 km kennzeichnet. Regional heißt für uns dabei, dass mindestens 50 Prozent der Wertschöpfung in dieser Region liegen müssen. Dabei wollen wir sowohl die EU-Wertschöpfung als auch die lokale Wertschöpfung berücksichtigen.

Aufstieg mit starken Familien

19. Weiterentwicklung Ehegattensplitting zu Familiensplitting

Der Aufstieg Deutschlands ist nur mit einer stärkeren Förderung für Kinder möglich. Die Ehe ist auch in Zukunft die Keimzelle der Familie. Familie ist vor allem da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. An diesem Grundsatz orientieren wir uns bei der Reform des Ehegattensplittings hin zu einem Familiensplitting. Dafür soll in Zukunft alternativ zum bisherigen Splitting ein Ehegattenfreibetrag sowie ein neuer, deutlich höherer Familienfreibetrag eingeführt werden. Dieser erhöht sich mit jedem Kind. Der Kinderfreibetrag bleibt darüber hinaus erhalten. Zwischen den Alternativen findet eine Günstigerprüfung statt.

20. Gesetzlicher Anspruch auf zehn Tage bezahlte Familienzeit

Nur gemeinsam als Familie gelingt der Aufstieg. Frauen haben Anspruch auf 14 Wochen Mutterschutzfrist, bei dem 100 Prozent des bisherigen Einkommens gezahlt werden. Neben dem Elterngeld ist ein zehntägiger Vaterschaftsurlaub ein wichtiger Beitrag, um junge Familien zu fördern und die Neugestaltung des gemeinsamen Lebens nach dieser erfreulichen Veränderung als Familie zu ermöglichen.

Aufstieg mit einem generationengerechten Sozialstaat

21. Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung

Teil eines Aufstiegsversprechens ist auch eine längere Lebenserwartung. Unser Rentensystem muss damit Schritt halten, um zukunftsfest zu werden. Wir fordern, die Entwicklung des Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung zu koppeln. Dabei ist die für das Berufsbild typischen Arbeitsbelastung zu berücksichtigen. Das Renteneintrittsalter muss sich dynamisch an die steigende Lebenserwartung anpassen. Ein Drittel der durchschnittlich gestiegenen Lebenserwartung soll automatisch zu Arbeitszeit werden. Gleichzeitig muss eine

Flexibilisierung des Renteneinstiegs ermöglicht werden, die den unterschiedlichen körperlichen Anforderungen der Berufslaufbahnen Rechnung trägt. Kombinationen von Teilzeitverträgen mit Teilzeitrente und Weiterbildungsangebote sollen es älteren Arbeitnehmern ermöglichen, länger erwerbstätig zu bleiben und gleichzeitig ihre eigenen Rentenansprüche trotz der schwierigen demographischen Lage zu wahren.

Zudem wollen wir in der gesetzlichen Rentenversicherung zukünftig nicht mehr ausschließlich auf ein reines Umlagesystem setzen, sondern dieses in ein Mischsystem umwandeln, das auch durch eine kapitalgedeckte Komponente ergänzt wird. Des Weiteren muss der Nachholfaktor mit Blick auf die Generationengerechtigkeit wieder eingeführt werden.

22. Portabilität für die betriebliche Altersvorsorge

Während die Arbeitswelt in den letzten Jahren schneller und flexibler geworden ist, fehlen bei der betrieblichen Vorsorge lukrative Sparmethoden für Arbeitnehmer. Insbesondere fehlt es für Arbeitnehmer bei einem Arbeitsplatzverlust oder -wechsel an der vollständigen Portabilität der erworbenen Anwartschaften. Daher fordern wir, vor Steuer- und Sozialabgaben sollen kostengünstig ertragreiche Anlagen, beispielsweise ETFs, bespart und ohne Wenn und Aber abschlagsfrei zum nächsten Arbeitgeber mitgenommen werden können. Dabei gilt es, eine Wahlfreiheit bei der Beitragsgarantie für den Sparer zu gewährleisten. Gerade langfristige Anlagen müssen ohne diese ermöglicht werden.

23. Sozialstaatsbremse bei Überschuldung

Der Sozialstaat ist Teil unseres Aufstiegsversprechens. Wir helfen als Gemeinschaft denjenigen, die sich nicht selbst helfen können. Gleichzeitig kann unser Land nur wettbewerbsfähig bleiben und Aufstieg ermöglichen, wenn die Last der Staatsschulden gerade für die junge Generation nicht erdrückend wird. In den vergangenen Jahren wurden immer mehr und höhere staatliche Sozialleistungen eingeführt. Der Anteil der Sozialausgaben im Bundeshaushalt steigt immer weiter. Wir fordern daher eine Sozialstaatsbremse, bis die Staatsverschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt auf 60 Prozent gesenkt wurde. Bis dahin dürfen nur in Ausnahmefällen neue durch Steuern finanzierte Sozialausgaben eingeführt werden.

Aufstieg mit einem klaren Bekenntnis zu Deutschland und Europa

24. Integrationsbekenntnis

Wer seine Fähigkeiten und Ideen in unsere Gesellschaft einbringen will, den fördern wir. In Zukunft wird es mehr Fachkräfte in Deutschland brauchen, die hier eine Ausbildung absolvieren oder ihre bereits erworbenen Fähigkeiten einbringen. Dafür brauchen wir eine starke Gemeinschaft und den Willen eines jeden Einzelnen, etwas zu erreichen. Zu diesem Aufstieg und der Integration in unsere Gesellschaft braucht es neben guten Kenntnissen der deutschen Sprache auch ein klares Bekenntnis zu unserem Land und unseren Wertvorstellungen. Ehrenamtlich langfristiger

Freiwilligendienst soll bei der Integrationsleistung positiv anerkannt werden. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Optionspflicht, damit in Zukunft die Entscheidung für eine Staatsbürgerschaft zur Regel wird.

25. Freihandelsabkommen mit den Demokratien der Welt

Freier Handel ist ein Garant für den wirtschaftlichen Aufstieg weltweit. Handelspolitik ist aber längst ein Teil strategischer Außenpolitik geworden. Wir wollen der neuen pazifischen Freihandelszone unter chinesischer Führung einen demokratischen, freiheitlichen und nachhaltigen Wirtschaftsraum entgegensetzen. Deshalb werden wir ein Freihandelsabkommen auch auf Grundlage gemeinsamer Umwelt- und Sozialstandards mit allen Demokratien der Welt initiieren.

26. Europa-Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen

Auch 36 Jahre nach seinem Beschluss ist das Schengen-Abkommen ein Versprechen für Freiheit und Aufstieg an alle Europäer. Die ersten Schritte dazu sind Austausch und das Erfahren der europäischen Vielfalt. Wir wollen, dass jeder junge Europäer mit seinem 18. Geburtstag einmalig die Möglichkeit bekommt, ein Interrail-Ticket in Anspruch nehmen zu können, um Europa zu entdecken. Diese Erfahrung geht über Städtetrips hinaus und macht die Kulturen und Menschen erlebbar. Sollte eine Umsetzung auf europäischer Ebene ausbleiben, werden wir als Deutschland hier den ersten Zug machen.

27. Hochgeschwindigkeitszüge zur Vernetzung Europas

Deutschland ist schon heute die Mobilitätsdrehscheibe Europas. Im europäischen Geiste wollen wir die Metropolen des Kontinents mit Direktverbindungen und Hochgeschwindigkeitszügen sinnvoll vernetzen. Dafür wollen wir Mittel aus dem Programm NextGenerationEU nutzen, um zukunftssträchtige Innovationen wie den Hyperloop zu fördern und das Zusammenwachsen Europas zu beschleunigen. Mit dem weltweit ersten Gesetz zum autonomen und vernetzten Fahren haben wir eine Vorreiterrolle eingenommen und wollen als Land des Automobils den nächsten Schritt gehen. Wir werden das autonome Fahren raus aus dem Forschungslabor holen und auf die Straße bringen und fordern dazu Reallabore für das autonome Fahren und autonome Flottenangebote flächendeckend.